
Abschied von den GMH



Herbert Ehrenberg: Kein stilles Gedenken - ein lautes Wehklagen

Dr. Herbert Ehrenberg war Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und ist heute im „Unruhestand“ im Landkreis Friesland publizistisch tätig.

Nach fünfeinhalb Jahrzehnten werden die Gewerkschaftlichen Monatshefte mit dieser Ausgabe eingestellt, für mich ist dies ein Abschied von einer zuverlässigen Redaktion. Viele Gespräche mit Walter Fabian fallen mir da ein, und auch seine Nachfolger hatten stets einen Platz, wo Lohn- und Konjunkturpolitik diskutiert werden konnte. Zum Beispiel:

Im Dezember 1955 brachten die Gewerkschaftlichen Monatshefte meinen Aufsatz „Die Löhne in der Hochkonjunktur“ mit folgender Einleitung:

„Die Diskussion um das Lohnproblem ist so alt wie die Wirtschaftstheorie, und fast scheinen die Gegensätze der verschiedenen Meinungen unüberbrückbar zu sein. Die Debatte belebt sich naturgemäß in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Den verständlichen Forderungen der Arbeitnehmer nach Beteiligung am Zuwachs des Volkseinkommens stehen die auf den Vorrang der Investitionen pochenden Unternehmer ablehnend gegenüber. Und die theoretischen wie auch die empirischen Konjunkturforscher verteilen sich - im Ergebnis - auf die beiden gleich großen Lager.“

Heute wird - seit mehr als zwanzig Jahren - der Unternehmerstandpunkt von der überwiegenden Mehrheit bei Wissenschaftlern und Politikern geteilt, und bei den Instituten ist es nicht besser. Der Vertrag von Dr. Gustav Adolf Horn, Leiter der Abteilung Konjunktur im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), ist im Sommer 2004 nicht verlängert worden, vernünftigerweise ist der DGB hier mit einem neu zu gründenden Institut bei der Hans Böckler Stiftung eingesprungen. Und von den fünf Mitgliedern des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist es nur noch Prof. Dr.

Peter Bofinger, der zu unserer zweiten Kategorie zu zählen ist, dies allerdings mit besonderem Gewicht.

Neu im Sachverständigenrat unterscheidet sich Bofinger von der Mehrheit des Rates durch Diagnose und Vorschläge, in seiner „anderen Meinung“ stellt er u.a. fest, dass Deutschland nach den Niederlanden innerhalb der OECD das Land mit der geringsten Binnendynamik sei. Innerhalb der Euro-Länder hat Deutschland den geringsten Anstieg der Löhne und Verbraucherpreise zwischen 2000 und 2004. Er fordert darum, dass die deutsche Wirtschaftspolitik vor allem dafür sorgen sollte, „Strategien zu entwickeln, die zu einer Stärkung der Binnendynamik beitragen. Da die Arbeitsmarktreformen tendenziell eher zu einer Verunsicherung der Arbeitnehmer geführt haben, ist hiervon kein positiver Beitrag zu erwarten. Von der Finanzpolitik wird - ausweislich des strukturellen Defizits - im Jahr 2005 ein negativer Impuls ausgehen. In dieser Situation kommt der Lohnpolitik eine wichtige Rolle zu.“

Horn und Bofinger zählen zu den wenigen Makroökonomien, die nicht in einer Kostensenkung das einzige Heilmittel für die seit vier Jahren am Boden liegende Konjunktur sehen. Ich kann nur hoffen, dass der Geschäftsführende Bundesvorstand sein Konzept für eine Nachfolgepublikation so entwickelt, dass dort wieder Konjunktur- und Lohnpolitik so zu Wort kommen, wie sie es von ihrer Bedeutung für die Mehrheit des Volkes verdienen.

Die Gewerkschaftlichen Monatshefte werden ihren Rang behalten, auch wenn die jungen Ökonomen in ihren Hochschulen überwiegend zu Mikroökonomien erzogen werden. Auf dem Makroökonomischen Kongress „Wege zu nachhaltigem Wachstum, Beschäftigung und Stabilität“ hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt, dass gewerkschaftliches Ziel eine „gesamtwirtschaftliche Stabilität“ ist.

„Unser Verständnis von Stabilität beschränkt sich damit nicht auf stabile Preise, sondern umfasst auch die Ziele der Vollbeschäftigung und eines kräftigen qualitativen Wirtschaftswachstums, ebenso wie das Ziel stabiler Arbeits- und Lebensbedingungen. Hierfür brauchen Deutschland und Europa dringend eine Renaissance makroökonomischer Politik. Einer der größten Standortnachteile Deutschlands ist heute die einseitige Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Debatte und Konzepte in Wissenschaft, Politik und Medien.“

Wenn die geplante Nachfolgepublikation hierfür genügend Raum bietet, dann kann mein Wehklagen aufhören.